

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb**

**E W L** Landau in der Pfalz

# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 11. Sitzung des Verwaltungsrates des**

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau**

**am Donnerstag, 20.05.2021,**

**Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9**

**Beginn: 18:00**

**Ende: 20:12**

Anwesenheitsliste

CDU

Kerstin Bernzott-Uhl

Jürgen Doll

Rolf Epple

Dr. Thorsten Sögding

Bündnis 90/Die Grünen

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Vertreterin für Frau Follmann

SPD

Hermann Demmerle

Rolf Kost

Hans Peter Thiel

FWG

Christian Gies

Gerhardt Kästel

FDP

Bernhard Lelle

Vertreter für Herrn Mook

Pfeffer und Salz

Helmut Leim

Berichterstatter

Bernhard Eck

Vorstandsvorsitzender

Falk Pfersdorf

2. Vorstand

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Sandra Hilzendegen

Vertreter der Verwaltung

Dr. Markus Schäfer

Verteter der Verwaltung

## Sonstige

Jutta Dauer

Stefan Dürk

Martin Hartmann

Ulrich Raisin

Heidi Wildner

Anton Zips

## Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

## Schriftführer/in

Sebastian Mann

## Entschuldigt

## Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Vertretung durch Frau Saßnowski

Frank Ohler

keine Vertretung

## FDP

Michael Moock

Vertretung durch Herrn Lelle

## Die LINKE

Jörg Rapp

keine Vertretung

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Umorganisation EWL zur Anpassung der Organisation an die steuerlichen Belange des § 2b UStG  
Vorlage: 860/513/2021
3. Gründung Gesellschaft Kommunale Servicebetriebe Südpfalz mbH  
Vorlage: 860/516/2021
4. Weitere Reduzierung der Sammlung von gelben Säcken im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz  
Vorlage: 860/517/2021
5. Beschäftigung von 9 Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für das Jahr 2020 nach § 16d SGB II.  
Vorlage: 860/518/2021
6. Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder zum Präsenztermin und fragt, ob es Einwände zur Tagesordnung gebe.

Frau Saßnowski gibt an, dass diese Präsenzveranstaltung ein falsches Zeichen setze und sie dies als erzieherische Maßregelung verstehe, da vermeintlich aus Bequemlichkeit der Verwaltung eine Erinnerung an die Abstimmung zur Videositzung ausblieb. Sie präferiere eine kontaktarme Videositzung.

Herr Dr. Sögding teilt die Meinung von Frau Saßnowski hierzu und empfindet ebenfalls die Präsenz als erzieherische Maßnahme und fragt warum keine Erinnerungsmail zur Abstimmung versandt wurde, gleichwohl die CDU hier geschlossen geantwortet habe.

Der Vorsitzende entgegnet, dass jedes Mitglied die Pflicht zur Präsenz zeigen müsse sowie die Bereitschaft zur Rückmeldung.

Frau Saßnowski wird im Verwaltungsrat vom Vorsitzenden verpflichtet.

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Umorganisation EWL zur Anpassung der Organisation an die steuerlichen Belange des § 2b UStG

Der Vorsitzende führt in die Vorlage ein und erläutert den Mitgliedern, dass der Verwaltungsrat bereits mehrmalig zu diesem Thema informiert wurde und übergibt das Wort an den Vorstandsvorsitzenden.

Herr Eck verdeutlicht den Anwesenden die Unterschiede der vier Varianten und stellt die Strukturen der kreisfreien Städte vor. Für eine Bewertung der Thematik wurde das Beratungsbüro PWC beauftragt, die kompletten Leistungen des EWL in Hinblick auf das Umsatzsteuerrecht zu durchleuchten.

Der Vorschlag liegt bei Variante 3 bei der der Großteil des Bauhofes, welcher Leistungen für die Stadtverwaltung Landau ohne delegierende Aufgabenübertragung erbringt, in einen Eigenbetrieb der Stadt umgewandelt wird. Die ADD wurde bereits vorinformiert, da Stellungnahmen hierfür seitens der ADD viel Zeit binden.

Herr Sögdling dankt für die Aufstellung und fragt, warum das Eigentum der Fahrzeuge bei der AÖR verbleibe. Herr Eck entgegnet, dass bei Übernahme aus städtischer Hand die Fahrzeuge zumeist "Volljährig" und damit überholt gewesen wären. So wurde bei einem knappen Haushalt eher eine KiTa saniert, als ein neues Fahrzeug beschafft. Eine künftige Vermietung der Fahrzeuge an die Stadt würde jedoch, aufgrund der Möglichkeit des Vorsteuerabzuges bei der Beschaffung, kostenneutral erfolgen.

Herr Doll fragt nach, worin der Unterschied bestehe zwischen den Stadtteilbeschäftigten aus anderen Städten bei denen entweder kein Personal oder nur 450 €-Kräfte beschäftigt sind. Herr Eck antwortet, dass mit der Beschäftigung direkt in den Stadtteilen Landau alleinstehend ist und anderswo so nicht praktiziert werde.

Die Variante 3 wird einstimmig beschlossen.

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Gründung Gesellschaft Kommunale Servicebetriebe Südpfalz mbH

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert, dass der Verwaltungsrat bereits im August 2020 der Gründung einer interkommunalen Gesellschaft zugestimmt hat und übergibt das Wort an Herrn Eck.

Herr Eck fasst noch einmal kurz zusammen, dass die Kommunen zusammen agieren um Strukturen aufzubauen und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Auch der EWL AöR ist zu klein um jede spezielle Funktion vorhalten zu können. Unter- und Überkapazitäten könnten somit besser ausgeglichen werden.

Die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz hat einen Gesellschaftsvertrag im Entwurf aufgesetzt, welcher der ADD zur Vorprüfung vorgelegt wurde. Das ursprüngliche Gründungsdatum ist bereits verstrichen, jedoch könnte die Gründung nunmehr frühestens zum 01.07.2021, abhängig von der weiteren Bearbeitungsdauer der ADD, vollzogen werden.

Herr Kästel fragt ob es einen Business-Case gebe und damit Einsparungen für den EWL möglich wären. Herr Eck entgegnet, dass bei heutigen Aufträgen Stundensätze von 110 € je Stunde zu zahlen wäre, bei der Gesellschaft der Stundenlohn jedoch nur mit 62-65 € berechnet werden würde. Dies sei möglich, da Kompetenzen gebündelt und Kapazitätsschwankungen abgedeckt werden können.

Weiterhin bestätigt Herr Eck, dass bei neu zu errichtenden Hausanschlüssen in den Kommunen größere Ausschreibungen durchgeführt werden können und die Kanalbefahrungen effizienter erfolgen können. Derzeit würden Gerichtsverfahren laufen, da die ausführenden Unternehmen "billig eingekauft" würden. Ein eigenes Herstellen der Kanäle würde "unter dem Strich" günstiger verlaufen.

Herr Lelle fragt nach, ob die Optimierung auch Auswirkungen auf die Gebühren hätte. Dies wird nicht geschehen, erwidert Herr Eck. Zudem könnten Hausanschlüsse nicht mit eigenem Personal hergestellt werden, jedoch würde dies in einer Gesellschaft möglich werden. Weiterhin belastet die Baubranche derzeit jedoch eine Materialknappheit, die marktwirtschaftlich Preissteigerungen zur Folge habe.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Weitere Reduzierung der Sammlung von gelben Säcken im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende führt in die Vorlage ein und übergibt das Wort an Herrn Pfersdorf.

Herr Pfersdorf bestätigt, dass die Einführung der gelben Tonne zur Reduzierung der gelben Säcke in Landau erfolgreich verlaufen ist. Ebenfalls positiv fällt dabei die geringere Verschmutzung an und nach den Leerungstagen auf. Weiterhin verdeutlicht Herr Pfersdorf die Unterschiede zwischen einer Abstimmungsvereinbarung und einer Systemfestlegung. Bei einer Abstimmungsvereinbarung werden die Rahmenbedingungen zwischen den öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger und dem Abfallsystem Dualen Systeme bestimmt. Bei der Systemfestlegung wird jede einzelne Fraktion (PPK, LVP, Glas) mit dem jeweiligen Dualen System verhandelt. Hierfür benötigen die DS einen enormen zeitlichen Vorlauf von ca. 1,5 Jahren, damit sich die Unternehmen auf die Aufträge vorbereiten können. Bei den Leichtverpackungen (LVP) kann die Systemausgestaltung in gewissen Grenzen per Verwaltungsakt vorgeschrieben werden, jedoch ist hierfür auch ein zusätzlicher Zeitaufwand nötig.

Der EWL spricht sich für eine Erweiterung der Tonnenausstattung aus, sodass die Tonne die Regelausstattung sei und der Sack die Ausnahme biete. Die Ausnahmeausstattung mit gelben Säcken im Stadtgebiet könnte mit 5% (600 Haushalte) festgesetzt werden. Sollten die DS die 5 %-Regelung ablehnen, müsste gebietsscharf vorgegeben werden, welche Bereiche wie ausgestattet sein sollten. Hierfür wurde der Zuständigkeitsbereich in 4 Gebiete A bis D kategorisiert. Im Gebiet A wurde die gelbe Tonne bereits erfolgreich eingeführt. Das Gebiet B gilt als Mindestmaß der Erweiterung und Gebiet C als realistisch in der Ausweitung der gelben Tonnen. Nur das Gebiet D im inneren Altstadtring gilt mit seinen beengten Platzverhältnissen als nicht geeignet und wird weiterhin mit nunmehr verstärkten gelben Säcken ausgestattet.

Herr Eppe gibt an, dass das neue Tonnensystem gut funktioniere, fragt jedoch ob auch ein Parallelbetrieb mit Tonne und gelben Sack in einem Bereich möglich ist. Herr Pfersdorf antwortet darauf, dass es keine Mischung der Ausstattungsvarianten in einem Bereich gebe. Lediglich die Übergangsregelung im letzten Jahr machte dies möglich.

Herr Dr. Sögdig bestätigt die positiven Erfahrungen mit der Einführung der gelben Tonne und fragt ob die 5% zahlenmäßig nicht eher dem Gebiet D entsprächen.

Herr Pfersdorf erklärt hierzu, dass die Erweiterung der Tonne mit dem Gebiet B bei einer gebietsscharfen Abgrenzung beginnen würde. Herr Eck verdeutlicht zudem, dass die 5%-Regelung flexibel im gesamten Stadtgebiet anzuwenden wäre. Hierfür müssten auch keine unterschiedlichen KFZ zur Sack-/Tonnensammlung betrieben werden.

Herr Lelle fragt nach, ob es unterschiedliche große gelbe Tonnen gebe, worauf Herr Eck erwidert, dass es vom kleinsten Gefäß mit 120 Litern bis zur 1100 Liter Container alle gängigen Größen vorgehalten werden würden. Rechengröße biete hier die Faustformel von 15 Litern pro Person und Woche.

Herr Gies äußert bedenken, dass aufgrund von Platzmangel sicherlich bei einigen Haushalten kein Wechsel von Sack auf Tonne erfolge. So könne bei 5% der Wechsel erfolgen. Herr Eck entgegnet jedoch, dass 5 % im Stadtgebiet schnell erschöpft seien und es nach Überschreitung dieser Grenzmarke keinerlei Ausnahmen mehr gemacht würden.

## Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Frau Neumann sieht das System gut durchdacht, fragt jedoch nach, wer die Ausstattung mit Sack oder Tonne im jeweiligen Bereich prüfe. Herr Pfersdorf antwortet, dass die Prüfung durch das Duale System per Aktenlage (Adresse) und nicht vor Ort erfolge.

Herr Doll bestätigt, dass die Einführung der Tonne positiv erfolgt ist und fragt an, ob neben der Tonne ebenfalls Säcke mitgenommen würden. Teilweise würde das so praktiziert. Herr Pfersdorf entgegnet, dass die Übergangsfrist beide Systeme parallel in einem Gebiet zu betreiben ausgelaufen sei. Wenn dies weiterhin betrieben würde, erfolge dies aus Kulanz, biete aber keine Garantie (Vertrauensschutz).

Frau Bernzott-Uhl stimmt dem zu und bemerkt, dass die Tonne bedarfsgerecht auch größer ausgewählt werden kann, was somit eine Sackbeistellung unnötig macht.

Herr Dr. Sögding belegt, die positive Einführung mit nachweislich weniger Vermüllungen in Nussdorf. Er gibt weiter an, dass eine Tonne immer seinen Platz finde und wenn dies nicht der Fall wäre, man sich auch mit dem Nachbarn verständigen könne. (Tonnenteilung)

Herr Lelle merkt an, dass Kinderspielzeug nicht in den gelben Sack gehöre, da dies kein Verpackungsmaterial sei und bei Nichtmitnahme als Vermüllung auf der Straße verbleibe.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen, bei gebietscharfer Abgrenzung Gebietsring D.

**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

Beschäftigung von 9 Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für das Jahr 2020 nach § 16d SGB II.

Der Vorsitzende führt in die Vorlage ein und übergibt das Wort an Herrn Pfersdorf. Herr Pfersdorf berichtet, dass die AÖR für das vergangene Jahr ein Antrag auf Förderung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für die Zuweisung von neun Personen gestellt wurde und nennt die Voraussetzungen für die Förderung.

Frau Saßnowski fragt, ob es nach der befristeten Beschäftigung tatsächlich Personen aus "Harz-IV" geschafft haben. Herr Pfersdorf zählt auf, dass drei Fälle erfolgreich aus "Harz IV" begleitet wurden aber auch viele Fälle nicht erfolgreich verlaufen würden. Jedoch sei jede positive Entwicklung ein großer Erfolg.

Der Verwaltungsrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

Herr Doll fragt nach dem Stand der Planungen hinsichtlich der Kanalanschlüsse. Herr Eck antwortet, dass die Baumaßnahmen mit dem Stadtbauamt koordiniert, Zeitpläne abgestimmt, Baumaßnahmen vorgeplant und unternehmerische Interessen berücksichtigt werden.

Herr Doll fragt nochmals konkret nach dem Stand der Kanalanschlüsse in der Königstraße nach. Herr Eck antwortet, dass die ca. 100 Anschlüsse einen hohen Einzelaufwand mit sich brächten. Diese sind in einer Ausschreibung zu berücksichtigen. Derzeit würde der Zeitplan für alle Maßnahmen erarbeitet.

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Verwaltungsrates des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau in der Pfalz am 20.05.2021 umfasst 10 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis xxx.

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Sebastian Mann  
Schriftführer